

»Innenminister wird freie Hand gelassen«

Brandenburgs Landesregierung schiebt wieder nach Afghanistan ab. Dies kann Gretchenfrage der Koalition aus SPD und Die Linke werden. **Gespräch mit Lotta Schwedler**

Am Dienstag abend wurden erstmals in diesem Jahr wieder Menschen aus Brandenburg nach Afghanistan abgeschoben. Wieso waren sie an Bord der Maschine?

Einer der drei Männer ist trotz eines laufenden Asylverfahrens abgeschoben worden. Das kann üblicherweise nicht gemacht werden.

Dabei handelt es sich um einen Afghanen, dessen Asylantrag vom BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, jW) als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt wurde. Die Behörde müsste entweder sehr große Widersprüche in der Erzählung des Betroffenen festgestellt oder er müsste über seine Identität getäuscht haben. Laut seiner Anwältin Myrsini Laaser steht in seiner Akte: Dieser Mensch hat nicht über seine Identität getäuscht. Hier wurde ein Verfahrensfehler begangen. Das haben weder das BAMF noch später das Gericht anerkannt, was absolut absurd ist. Dass dieser Mann abgeschoben wurde, halten wir für extrem fragwürdig und auch rechtlich für äußerst schwierig.

Waren das die einzigen Auffälligkeiten?
Bei zwei von den drei jungen Männern handelt es sich um schwer suizidale Menschen. Einer von ihnen hat in Deutschland bereits versucht, sich das Leben zu nehmen und war deshalb in klinischer Behandlung. Ein Grund war das Handeln deutscher Behörden, ein anderer die traumatisierende Flucht. Diese Männer sind nach wie vor gesundheitlich extrem labil. Dass hier Menschen abgeschoben worden sind, die schwer krank sind, hat uns besonders erschreckt und lässt uns mit großer Angst auf die kommenden Abschiebeflüge blicken.

Hier hätte auf jeden Fall viel genauer geprüft werden müssen, ob sie überhaupt reisefähig sind und darüber hinaus, ob ihre Krankheit in Afghanistan adäquat behandelt werden kann. Reisefähigkeit heißt bei Abschiebungen nämlich faktisch nur, dass ein Mensch im Flugzeug nicht ausrastet und sich nicht während der acht Stunden Flug etwas antut. Was danach mit den Menschen passiert, interessiert die deutschen Behörden beziehungsweise die Amtsärzte im Grunde nicht.

Wie bewerten Sie die Asylpolitik der Landesregierung aus SPD und Die Linke?

Sie betreibt mit Abschiebungen nach Afghanistan eine schändliche und moralfreie Symbolpolitik. Man teilt die Sicht der Bundesregierung, wonach es nicht näher genannte, sichere Gebiete gebe und dorthin könne man abschieben. Dabei sagen alle aktuellen Lageberichte etwas anderes.

Der Landtag hat 2017 beschlossen, Abschiebungen von Afghanen streng prüfen zu lassen.

Das ist ein butterweicher Kompromiss. Den hätte man im Grunde auch bleiben lassen können. Er legt nur das fest, was ohnehin die Regel sein sollte. Für ihn zu stimmen war damit kein besonders großer Wurf, weder von der Linken noch von der SPD.

Dem ging ein Antrag der Grünen auf einen generellen Abschiebestopp in Brandenburg voraus.

Die Linken haben den Grünen-Antrag abgelehnt. Aber die Partei ist gegen Abschiebungen nach Afghanistan. In dem Sinne könnte Afghanistan durchaus die Gretchenfrage für die Regierungskoalition sein.

Stopps auf Landesebene geben erst einmal Sicherheit. Andere Bundesländer haben Abschiebestops eingeführt und auf eigene Bewertungen der Lageeinschätzungen für Afghanistan gesetzt. Doch laut Innenminister Karl-Heinz Schröter, SPD, sei Brandenburgs Regierung dazu nicht in der Lage. Man verlasse sich da auf die Bundesregierung. Potsdam ist hier strategisch denkfaul.

Welche Rolle spielt der Innenminister?

Minister Schröter ist als Hardliner in der Flüchtlingspolitik bekannt. Entsprechend trifft er hochproblematrische Entscheidungen. So hat er in der Vergangenheit immer wieder Beschlüsse der Härtefallkommission ignoriert. Er liebäugelt mit sogenannten Anker-Zentren und profiliert sich insgesamt sehr stark am rechten Rand. Gleichzeitig steht hinter ihm die Landesregierung, die selbstverständlich die Möglichkeit hätte, Schröter in seine Schranken zu weisen. Statt dessen positioniert sie sich dazu nicht. Von Ministerpräsident Dietmar Woidke, ebenfalls SPD, haben wir bisher nichts zu den Afghanistan-Entscheidungen gehört. Wir haben hier einen Innenminister, dem unkommentiert freie Hand gelassen wird.

Interview: Marc Bebenroth



Lotta Schwedler ist Sprecherin des Flüchtlingsrats Brandenburg



ALBERT SALAME/REUTERS

Nicht willkommen. Am ersten Jahrestag des Anschlags auf der Flaniermeile Les Rambles hat Barcelona mit einer Gedenkfeier an die Opfer erinnert. Blumen, Musik für den Frieden und ein in verschiedenen Sprachen vorgetragenes Gedicht standen im Mittelpunkt des gut einstündigen Programms, bei dem auch Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez und der katalanische Regierungschef Quim Torra zugegen waren. Widerspruch erntete die Anwesenheit von König Felipe VI. Auf einem Transparent nahe des Veranstaltungsortes hieß es: »Spaniens König ist in Katalonien nicht willkommen.« (dpa/jW)

Wartung vernachlässigt

Italiens Regierung fordert nach Brückenunglück in Genua Aufklärung

Nach dem verheerenden Brückeneinsturz in Genua mit mindestens 38 Todesopfern hat das italienische Verkehrsministerium eine Untersuchung eingeleitet und am Donnerstag abend die Betreibergesellschaft »Autostrade per l'Italia« aufgefordert, binnen 15 Tagen nachzuweisen, dass es alle seine Instandhaltungspflichten nachgekommen sei. Das Unternehmen müsse zudem bestätigen, dass es den Viadukt auf eigene Kosten vollständig wieder aufbauen werde.

Die Regierung macht Autostrade für das Unglück verantwortlich. Das Unternehmen versicherte bisher, seinen Wartungspflichten stets nachgekommen zu sein. Die Zeitung *La Repubblica* berichtete am Freitag aber, dass eine von der Firma in Auftrag gegebene Studie des Polytechnikums

Mailand schon 2017 Schwächen in den Trageisen der Brücke entdeckt habe. Die Zeitung zitierte außerdem Augenzeugen des Unglücks, die gesehen hätten, wie die Spannseile nachgaben.

Diese Einschätzung bekräftigte am Freitag der Professor für Stahlbetonbau an der Universität Genua, Antonio Brencich, vor Journalisten: »Dies ist eine ernsthafte Arbeitshypothese, aber nach drei Tagen ist es nur eine Hypothese«, sagte er. Der Experte gehört einer vom Verkehrsministerium eingesetzten Unfallkommission an. Dagegen schloss er eine Überlastung der Brücke als Grund aus. »Der Regen, der Donner, die Überlastung, das sind phantasievolle Hypothesen, die nicht einmal in Erwägung gezogen werden.«

Die Retter suchten die ganze Nacht zum Freitag nach weiteren Opfern, da mindestens zehn Menschen noch ver-

misst werden. Die Suche konzentrierte sich auf die Trümmer eines Brückenpfeilers am linken Ufer des Flusses Polcevera. Während eines Unwetters war ein etwa 180 Meter langer Abschnitt des Viadukts in der italienischen Hafenstadt in die Tiefe gestürzt und hatte zahlreiche Fahrzeuge mitgerissen.

Für den heutigen Samstag wurde Staatstrauer angeordnet. Auf dem Messegelände von Genua ist eine staatliche Gedenkfeier für die Opfer geplant, an der auch Präsident Sergio Mattarella und Ministerpräsident Giuseppe Conte teilnehmen werden. Einige Familien wollen die Zeremonie aber boykottieren und eigene Trauerfeiern abhalten. Sie machen schlechte Wartung für den Einsturz der Brücke verantwortlich und wollen mit ihrer Abwesenheit dagegen protestieren. (dpa/Reuters/jW)

NACHRICHTEN

Regierungsauftrag in Slowenien erteilt

Ljubljana. Das slowenische Parlament in Ljubljana hat am Freitag Marjan Sarec den Auftrag erteilt, ein Kabinett zu bilden. Die Minderheitenregierung wird von fünf Mitte-links-Parteien gebildet, die 43 der 90 Abgeordneten in der Volksvertretung stellen. Toleriert wird das Kabinett von Sarec von der linkssozialdemokratischen Partei Levica (Linke), die neun Sitze bei der Wahl am 3. Juni errungen hatte. Für den Auftrag an Sarec zur Kabinettsbildung stimmten 55 Abgeordnete, 31 waren dagegen. Er muss bis zum 3. September seine Ministerliste vorlegen. Über diese Regierung stimmt das Parlament zehn Tage später endgültig ab. (dpa/jW)

Protest in Österreichs Botschaft in Athen

Athen. Aus Protest gegen die Migrations- und Arbeitspolitik Österreichs sind griechische Anarchisten am Freitag für kurze Zeit in die Eingangs-

halle der österreichischen Botschaft im Zentrum Athens eingedrungen. Sie warfen Flugblätter mit Parolen gegen einen ab September möglichen Zwölf-Stunden-Arbeitstag und eine 60-Stunden-Woche sowie die Flüchtlingspolitik Österreichs in die Luft. Die Autonomen veröffentlichten ein kurzes Video von der Aktion. Wie der staatliche griechische Rundfunk berichtete, wurde die Aktion der Gruppe »Rubikon« rasch beendet. (dpa/jW)

BRD-Etat 2019: Zuwachs bei Militärausgaben

Berlin. Der Bund will im kommenden Jahr 356,8 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 13,2 Milliarden Euro mehr (plus 3,8 Prozent) als 2018. Von den Einnahmen in gleicher Höhe sollen 333 Milliarden Euro aus Steuern kommen, 11,7 Milliarden Euro mehr als 2018. Eine Neuverschuldung ist nicht geplant. Dies sieht der am Freitag als Drucksache veröffentlichte Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2019 vor. Im Etat des Verteidigungsministeriums ist ein Zu-

wachs um 4,38 Milliarden Euro (plus 11,36 Prozent) auf 42,9 Milliarden Euro geplant. Aus der in den vergangenen Jahren gebildeten »Flüchtlingsrücklage« will die Bundesregierung 5,04 Milliarden Euro entnehmen (2018: 1,62 Milliarden Euro). (jW)

Anschlag auf Moschee: Haftstrafe gefordert

Dresden. Im Prozess zum Anschlag auf eine Moschee am 26. September 2016 in Dresden hat der Verteidiger des Angeklagten auf viereinhalb Jahre Haft plädiert. Da sein Mandant gedacht habe, das Gebäude sei leer, sei der Vorwurf des versuchten Mordes nicht haltbar. Die Generalstaatsanwaltschaft geht von einem ausländischer und islamfeindlichen Motiv aus und fordert zehn Jahre und neun Monate Freiheitsstrafe. Der Angeklagte hatte gestanden, die Spreng- und Brandsätze an der Fatih-Camii-Moschee und am Kongresszentrum gezündet zu haben. Der Imam und seine Familie blieben körperlich unverletzt. Das Urteil wird am 31. August erwartet. (dpa/jW)